

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Europäische Strategie zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs angekündigt.....	1
EU-Kommission: Zweite Phase der Konsultation zum europäischen Mindestlohn.....	1
EU-Kommission: Austausch zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.....	1
Konsultationen zum EU-Gesetz für digitale Dienste und zum EU-Aktionsplan Digitale Bildung.....	2
Deutschland übernimmt Ratspräsidentschaft / Schwerpunkte der Trio-Ratspräsidentschaft bis 2021.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Bulgarien: Einmalige Familienbeihilfe während der Covid-19-Pandemie.....	3
Dänemark: Leistungen für vulnerable Gruppen in der Covid-19-Pandemie.....	3
Lettland: Kampagne für psychosoziale Unterstützung für Alleinerziehende	3
Spanien: Initiative zur Information aller Kinder über das Corona-Virus	3
Litauen: Digitale Familienkarte eingeführt	4
Slowakei: Kampagne gegen Kinderhandel und Zwangsverheiratung von Kindern	4
Schweiz: Reform des Familienzulagengesetzes	4
Weitere Nachrichten	5
UNICEF: Expertentreffen zur Situation Familien weltweit	5
"Forgotten": Deklaration von COFACE Families Europe	5
Offener Brief an Kommission und Rat zur Solidarität zwischen den Generationen	6
Welttag gegen Kinderarbeit	6
Weltflüchtlingstag	6
Berichte und Studien	7
EU-Kommission: Bericht über Umsetzbarkeit der EU-Kindergarantie	7
EAPN: Positionspapier zu angemessenem Einkommen	7
EU-Kommission: Bericht über demografischen Wandel	8
EU-Kommission: Bericht über die FEAD-Implementierung in 2018	8
Population Europe: Kurzbericht zu Demographie und Covid-19.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Europäische Strategie zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs angekündigt

Die EU-Kommission wird eine europäische Strategie zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs an Kindern erarbeiten. Dies geschehe vor dem Hintergrund, dass in Europa die Meldungen über Online-Material mit Inhalten von sexuellem Missbrauch von 23.000 im Jahr 2010 auf 800.000 im Jahr 2019 gestiegen sei. Gleichzeitig nutzten Kinder und Jugendliche verstärkt das Internet und müssten vor kriminellen und schädigenden Inhalten geschützt werden. So sei eine europäische Zusammenarbeit notwendig, da die digitale Verbreitung dieser Inhalte über Staatsgrenzen hinweg geschehe. Die neue Strategie soll nun den Informationsaustausch und die Kooperation der Strafverfolgungsbehörden erleichtern. Außerdem sollen in allen Mitgliedstaaten bei der Polizei SpezialistInnen zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs ausgebildet werden. Die Kommission hat eine Arbeitsgruppe aus WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ins Leben gerufen, um Strategien zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs an Kindern zu erarbeiten.

EU-Kommission: Zweite Phase der Konsultation zum europäischen Mindestlohn

In der Ausgestaltung von EU-Regelungen für gerechte Mindestlöhne leitet die Kommission mit einer zweiten Konsultation der Sozialpartner den nächsten Schritt an. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind aufgerufen, die Fragen der Konsultation bis zum 04. September 2020 zu beantworten. Die Kommission bittet vor allem um Einschätzungen der Sozialpartner zur Wirksamkeit geplanter Instrumente. Diese sehen vor, dass die Mitgliedstaaten jeweils eigene Modelle zur Ermittlung gerechter Mindestlöhne entwickeln, da das Lohnniveau, die Lebenshaltungskosten, Zusammensetzung der Branchen und weitere Faktoren sich zwischen den Mitgliedstaaten stark unterscheiden. Ein Ergebnis der ersten Konsultationsphase war die Bedeutung funktionierender Tarifverhandlungssysteme. Die Arbeitnehmervertretungen hatten in dieser Phase kritisiert, dass die geplanten Mindestlöhne zu niedrig angesetzt seien, um Erwerbsarmut zu bekämpfen. Sie forderten die Orientierung an 60% der nationalen Medianeinkommen. Sie mahnten zudem die stärkere Berücksichtigung atypischer Beschäftigter wie Kleinselbstständige und FreiberuflerInnen an.

- [Zum zweiten Konsultationspapier zu europäischen Mindestlöhnen](#) 

EU-Kommission: Austausch zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte

Die europäische Kommission arbeitet an einem Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, der im Jahr 2021 erscheinen soll. Um die Perspektive möglichst vieler relevanter Akteure einfließen lassen zu können, hat sie eine Reihe von Videokonferenzen gestartet, in denen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen zum geplanten Aktionsplan Stellung nehmen können. Aus Sicht der Europäischen Kommission soll die europäische Säule sozialer Rechte die gemeinsame Richtschnur bilden, um europäische Gesellschaften krisenresilient zu machen und ihren Zusammenhalt zu stärken. Neben den Videokonferenzen sind zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure sowie BürgerInnen aufgerufen, sich auf der eigens eingerichteten Website „Have Your Say on reinforcing Social Europe“ am Dialog mit der Kommission zu beteiligen. Dort können bis zum 30. November Beiträge eingereicht werden.

- [Have Your Say on Reinforcing Social Europe](#) 
- [Die europäische Säule sozialer Rechte](#) 

Konsultationen zum EU-Gesetz für digitale Dienste und zum EU-Aktionsplan Digitale Bildung

Zwei EU-Maßnahmen zur Anpassung der Gesetzgebung und politischen Richtlinien an die Digitalisierung befinden sich aktuell in der Phase der öffentlichen Konsultation. Das EU-Gesetz für digitale Dienste und Online-Plattformen soll nach zwanzig Jahren seines Bestehens modernisiert werden. Eine zeitgemäße Gesetzgebung müsse die Rolle digitaler Formate für die politische Meinungsbildung und ihren wirtschaftlichen Stellenwert einbeziehen. Die überarbeiteten Gesetze sollten den Schutz der Meinungsfreiheit ebenso ermöglichen wie die Sicherheit der NutzerInnen und zugleich einen günstigen Rahmen für Innovation schaffen. Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Unternehmen und BürgerInnen sind bis zum 08. September aufgerufen, zum Entwurf ihr Feedback einzureichen. Auch der EU-Aktionsplan für digitale Bildung aus dem Jahr 2018 wurde – unter Einbezug der Erfahrungen aus der Covid-19-Krise – aktualisiert. Er soll die digitalen Kompetenzen der BürgerInnen fördern, die Mitgliedstaaten bei der Anpassung ihrer Bildungssysteme an das digitale Zeitalter unterstützen und zur Nutzung der Potentiale des Internets für die Bildungsteilhabe Aller beitragen. Zum aktualisierten EU-Aktionsplan für digitale Bildung kann bis zum 04. September Feedback gegeben werden.

- [Konsultation zum EU-Gesetz für digitale Dienste und Online-Plattformen](#)
- [Konsultation zum aktualisierten EU-Aktionsplan digitale Bildung](#) 

Deutschland übernimmt Ratspräsidentschaft / Schwerpunkte der Trio-Ratspräsidentschaft bis 2021

Am 01. Juli übernimmt Deutschland den Vorsitz des Rates der EU für sechs Monate. Damit beginnt auch der 18-monatige Triovorsitz von Deutschland, Portugal und Slowenien. Das gemeinsame Programm der drei kommenden Ratspräsidentschaften ist mit „Gemeinsam für ein stärkeres, gerechteres und nachhaltigeres Europa“ überschrieben und soll insgesamt eine leistungsfähige und gerechte Wirtschaft und einen transparenten und sozialen digitalen Wandel voranbringen. Am 29. Juni unterzeichneten die Parlamente der drei Staaten eine Erklärung, in der sie die gemeinsamen Parlaments-Schwerpunkte festhalten. Die Erklärung nennt insbesondere die Beteiligung der nationalen Parlamente an der Konferenz zur Zukunft der EU sowie eine hochrangige Konferenz zur Migration, die den neuen Pakt zu Migration der Kommission begleiten soll als zentrale Punkte. Letztere soll als gemeinsames Trio-Projekt im November unter der Schirmherrschaft der Kommission und des Europäischen Parlaments starten. Zudem wird in der Erklärung der Stellenwert der europäischen Grundrechte betont und eine Diskussion über eine neue Strategie zur Umsetzung der Charta der Grundrechte und über einen gemeinsamen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus angekündigt.

Unter den aktuellen Bedingungen der Covid-19-Pandemie soll der Schwerpunkt des deutschen Vorsitzes zunächst vor allem in der Bewältigung dieser Krise und ihrer Folgen liegen. Dazu soll ein europaweiter Notfall-Pandemieplan mit klaren Regeln für den Waren- und Güterverkehr in Krisensituationen erarbeitet werden. Für den Aufbau der Wirtschaft und die Unterstützung krisenbetroffener EU-BürgerInnen soll außerdem beim Mehrjährigen Finanzrahmen eine Einigung erzielt werden.

- [Website zur Deutschen Ratspräsidentschaft 2020](#)
- [Trioprogramm des Rates der Europäischen Union von Deutschland, Portugal und Slowenien](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Bulgarien: Einmalige Familienbeihilfe während der Covid-19-Pandemie

Um Familien von den finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu entlasten, hat die bulgarische Regierung eine einmalige Familienbeihilfe beschlossen. Die Zahlung in Höhe von 375 Lew (ca. 190 Euro) steht Familien mit Kindern im Alter bis zu 14 Jahren zu, die im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie entweder unbezahlten Urlaub nehmen mussten oder ihren Arbeitsplatz verloren und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Das bulgarische Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik ruft jedoch auch Familien zur Beantragung der Zahlung auf, die nicht diesen Kriterien entsprechen und aus anderen Gründen durch die Pandemie in finanzielle Notlagen geraten sind. Auch ihr Anspruch kann geprüft werden.

Dänemark: Leistungen für vulnerable Gruppen in der Covid-19-Pandemie

Dänemark hat verschiedene vorübergehende Leistungen für benachteiligte Gruppen zur Bewältigung der Corona-Krise beschlossen. So werden landesweit 17 soziale Organisationen mit 1,3 Millionen Euro bezuschusst, um einkommensschwachen Familien einen Sommerurlaub ermöglichen zu können. Darüber hinaus hat das Parlament einstimmig beschlossen, insgesamt 215 Millionen Kronen (rund 30 Millionen Euro) für besonders schutzbedürftige Kinder, wohnungslose Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie zur Unterstützung des sozialen Engagements von Hochschulen und Kultur, Sport und Verbänden bereitzustellen. Geeinigt wurde sich außerdem darauf, die Besuchsbeschränkungen in Pflegeeinrichtungen und Kontaktbeschränkungen in sozialen Einrichtungen zu lockern, um die psychischen und sozialen Folgen der Corona-Krise für ohnehin belastete Gruppen möglichst gering zu halten.

Lettland: Kampagne für psychosoziale Unterstützung für Alleinerziehende

Die Staatliche Aufsichtsbehörde zum Schutz der Rechte des Kindes in Lettland hat eine Aktionswoche veranstaltet, im Rahmen derer Alleinerziehende eingeladen waren, sich in emotionalen, psychischen und sozialen Belangen beraten zu lassen. Hintergrund der Kampagne war, dass viele Alleinerziehende trotz funktionierender Unterstützungsnetze das Gefühl haben, alle anfallenden Aufgaben allein lösen zu müssen. Häufige Probleme sind Einsamkeitsgefühle, die bereits vor der sozialen Isolation zur Bekämpfung von Covid-19 unter Alleinerziehenden verbreitet waren. Auch Auseinandersetzungen mit Ex-PartnerInnen und damit verbundene finanzielle Probleme belasteten Betroffene.

Spanien: Initiative zur Information aller Kinder über das Corona-Virus

Der Hohe Kommissar zur Bekämpfung von Kinderarmut Spaniens und die spanische Kinderrechtsorganisation „Plataforma de Infancia“ haben gemeinsam die Kampagne #lainfanciapregunta (die Kindheit fragt) gestartet. Sie soll dazu beitragen, dass Kinder in Spanien aus allen gesellschaftlichen Gruppen mit ihren Fragen und Sorgen zum Corona-Virus gehört werden und Antworten finden. Dafür wurden in knapp 70 Einrichtungen Fragen von Kindern zwischen 3 und 17 Jahren gesammelt. Auch Krisendienste waren beteiligt und haben in angebundenen Familien telefonisch die Fragen der Kinder erfasst. Die Fragen wurden kindgerecht in einer Pressekonferenz mit dem Wissenschaftsminister Spaniens und dem Beauftragten für Gesundheitswarnungen und Notfälle des Gesundheitsministeriums beantwortet. Ein Protokoll dokumentiert die Fragen und Antworten.

Litauen: Digitale Familienkarte eingeführt

In Litauen können Familien mit unterschiedlichen Belastungen eine Familienkarte beantragen, mit der sie Ermäßigungen für verschiedene Kultur-, Freizeit und Bildungsangebote erhalten. Antragsberechtigt sind kinderreiche Familien ab drei im Haushalt lebenden Kindern ohne eigenes Einkommen und Familien mit Kindern mit Behinderungen. Jedes Familienmitglied im Alter von über sechs Jahren erhält eine Ergänzung zur Hauptkarte, um diese unabhängig von anderen Familienmitgliedern nutzen zu können. Nun wurde eine App als digitale Familienkarte eingeführt, mit der die Nutzung durch verschiedene Familienmitglieder noch einfacher werden soll. So gibt es zum Beispiel Funktionen wie zum Beispiel eine Karte mit Angeboten in der Nähe und zur eigenen Übersicht die Information, wie oft und wann welche Ermäßigungen genutzt wurden.

Slowakei: Kampagne gegen Kinderhandel und Zwangsverheiratung von Kindern

Das Ministerium für Arbeit und Soziales der Slowakei verfügt über ein nationales Koordinierungszentrum gegen Gewalt an Kindern, das eine Informationskampagne gegen Menschenhandel von Kindern mit dem Ziel ihrer Verheiratung gestartet hat. Das Informationsmaterial ist in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel des slowakischen Innenministeriums erstellt worden und soll zunächst digital an die regionalen KoordinatorInnen des Kinderschutzes verteilt werden. Nach den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen zur Pandemiebekämpfung sollen sie außerdem an Schulen und sozialen Einrichtungen verteilt werden. In den letzten fünf Jahren seien 12 Fälle den Behörden bekannt geworden, bei denen Mädchen von Menschenhandel zum Zweck der Zwangsverheiratung betroffen waren. Um Gewalt an Kindern in ihren verschiedenen Formen in der Slowakei bekämpfen zu können, wurde im Jahr 2019 die Nationale Strategie zum Schutz von Kindern vor Gewalt gestartet, in deren Rahmen auch die regionalen Koordinationsstellen für Kinderschutz geschaffen worden waren. Sie sollen unter anderem pädagogische Fachkräfte und die Polizei für verschiedene Aspekte von Gewalt an Kindern sensibilisieren. Damit sollen Prävention und Bekämpfung von Gewalt verbessert und für zukünftige Maßnahmen verlässliche Zahlen zum Ausmaß des Problems erfasst werden.

Schweiz: Reform des Familienzulagengesetzes

Die Reform des Schweizerischen Familienzulagengesetzes tritt ab August in Kraft. Darin sind drei zentrale Neuerungen geregelt: 1. Die Altersgrenze für Ausbildungszulagen für Jugendliche in einer Berufsausbildung wird von 16 auf 15 Jahre gesenkt. Die Ausbildungszulage ist höher als die allgemeine Kinderzulage und auf die zusätzlichen Kosten einer Berufsausbildung zugeschnitten. Mit der Senkung der Altersgrenze sollen zukünftig alle Familien mit auszubildenden Kindern von dieser Leistung profitieren können. 2. Auch die Anspruchsberechtigung der Familienzulage wurde ausgeweitet: So können künftig arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen, auch die Familienzulage erhalten. Aktuell verfällt der Anspruch auf diese Leistung für Alleinerziehende, bei denen nicht der Vater die Familienzulage bezieht. 3. Außerdem wurde für die finanzielle Unterstützung von Familienorganisationen eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Ihre Rechtmäßigkeit wurde bisher aus der Bundesverfassung abgeleitet und verfügte über keine eigenständige gesetzliche Grundlage.

Weitere Nachrichten

UNICEF: Expertentreffen zur Situation Familien weltweit

UNICEF hat ein Expertentreffen zur Situation von Familien abgehalten. Hauptthemen waren die Vorbereitungen zum dreißigjährigen Jubiläum des Internationalen Jahres der Familie im Jahr 2024, die Entwicklung der Angebote zur Elternbildung und die Auswirkungen der Covid19-Pandemie weltweit. Anlässlich des Jubiläums sollen die von der UN identifizierten globalen Trends fokussiert und auf ihre Auswirkungen für Familien aufmerksam gemacht werden. Dazu zählt die Durchsetzung neuer Technologien, der Klimawandel, Urbanisierung und internationale Migration sowie der demografische Wandel. Im Hinblick auf die Elternbildung soll der Zusammenhang der Befähigung zur gewaltfreien und entwicklungsfördernden Erziehung mit dem Erreichen der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund gerückt werden: Diese Erziehungskompetenz sei Grundlage für das Erreichen von Ziel 16 der SDG, das gerechte, friedliche und inklusive Gesellschaften anvisiert. Der Themenschwerpunkt zur Situation von Familien während der Pandemie wurde unter dem Vorsitz von COFACE Families Europe behandelt. Betont wurde, dass Familien im Umgang mit dem psychischen und finanziellen Stress durch die Krise Unterstützung benötigten. Weitere Beiträge behandelten die Sicherheit vor Gewalt von Familien im Lockdown und die Situation informeller Pfleger in Familien. Alle Präsentationen und Papiere des Treffens sind auf der Website der UN zum Expertentreffen online.

- [Website der UN zum Expertentreffen](#) 

"Forgotten": Deklaration von COFACE Families Europe

Die zu COFACE Families Europe gehörende Plattform für Menschen mit Behinderungen und deren Familien hat die Deklaration "Forgotten" veröffentlicht. In ihr macht sie auf die besonderen Bedarfe und Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen aufmerksam und formuliert entsprechende Forderungen insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19 Pandemie. Betont wird, dass der Lock-Down insbesondere für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien eine Herausforderung war, da sie im Allgemeinen mehr Pflege- und Unterstützungsbedürfnisse haben als andere und daher anfälliger für die Auswirkungen von minderwertiger oder unzugänglicher Pflege und täglichen Hilfsdiensten seien. Trotz der allgemein bekannten Problemlage dieser Menschen würden sie bei den aktuellen Maßnahmen allzu oft vergessen. Die Arbeit der Organisationen konnte nur unter sehr schwierigen Bedingungen und mit großen Anstrengungen fortgesetzt werden. Als Forderungen formulieren die beteiligten Organisationen unter anderem die Gewährleistung der Gesundheit und Sicherheit von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien. Maßnahmeentscheidungen dürften niemanden zurücklassen und die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen und ihrer Familien sowie deren Betreuer zu berücksichtigen. Dafür seien sowohl strukturelle Veränderungen als auch konkrete situative Anpassungen nötig, wie zum Beispiel entsprechende Schulungen. Auf jeden Fall müsse die Kontinuität einer qualitativ hochwertigen Betreuung und Unterstützung bei gleichzeitiger Förderung des Deinstitutionalisierungsprozesses durch die Finanzierung lokaler Dienstleistungen in der Gemeinde gewährleistet sein. Der neue EU-Haushalt müsse Menschen mit Behinderungen und pflegende Angehörige als explizite Zielgruppe haben, und die künftige Kindergarantie dazu beitragen, die Rechte aller Kinder mit einem Zwei-Generationen-Ansatz zu sichern, der auch die finanzielle Eingliederung und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige anspricht.

- [Wortlaut der Deklaration](#) 




Offener Brief an Kommission und Rat zur Solidarität zwischen den Generationen

Verschiedene Abgeordnete des EU-Parlaments haben einen offenen Brief an die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen und den Präsidenten des Rates der EU Michel gesendet. Darin rufen sie mit dem Anlass der Corona-Krise zur Solidarität zwischen den Generationen in Europa auf. Der Brief verweist auf die Garantie für Freiheit und Sicherheit aller BürgerInnen, die im Vertrag der EU in Artikel 3 gegeben wird. Er mahnt an, den Wert des Lebens aller Menschen anzuerkennen und auch die Älteren und Vorerkrankten zu berücksichtigen und zu schützen. Die adressierten EU-Institutionen werden aufgerufen, die Versorgung mit notwendiger Schutzausstattung und Ressourcen zur Testung und Behandlung von Covid-19-Erkrankten in Pflegeheimen für Ältere und Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Zudem wird auf die negativen psychischen und sozialen Folgen der Isolation älterer und besonders gefährdeter Menschen verwiesen. Beachtung finden müssten außerdem die Belastungen informell pflegender Familienangehöriger und Familien mit Kindern in der Pandemie allgemein. Langfristig sollte der demografische Wandel stärker in der Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen berücksichtigt und die öffentliche Gesundheit mit präventiven Ansätzen nachhaltig gesichert werden.

- [Offener Brief "Solidarity between generations must guide the EU response to and recovery"](#)  

Welttag gegen Kinderarbeit


Zum Internationalen Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni veröffentlichten UNICEF und die International Labor Organisation (ILO) einen Bericht zur aktuellen weltweiten Situation. In den letzten Jahren ist demnach die Zahl von Kindern zurückgegangen, die Kinderarbeit leisten müssen. Dennoch sind weltweit nach wie vor 152 Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren betroffen. Davon leisten 73 Millionen Kinder die sogenannten schlimmsten Formen der Kinderarbeit, also Sklavenarbeit, Drogenhandel, Kinderprostitution oder sind Kindersoldaten. Die meisten Betroffenen von Kinderarbeit leisten mit ca. 71 Prozent Arbeiten in der Landwirtschaft. Aktuell gibt es Anzeichen, dass die globalen Zahlen zur Kinderarbeit im Zuge der Covid-19-Pandemie wieder steigen könnte: Wenn vielen Familien durch Arbeitsplatzverluste oder Todesfälle Einkommen wegbräche, sei es wahrscheinlicher, dass sie auf Kinderarbeit zurückgriffen. Auch die Schulschließungen zur Eindämmung der Pandemie könnten zur Ausweitung von Kinderarbeit beitragen.

- [UNICEF: Covid-19 and Child Labour: A Time of Crisis, A Time to Act](#)  
- [UNICEF: Kinderarbeit weltweit - Die sieben wichtigsten Fragen und Antworten](#)

Weltflüchtlingstag

Der Internationale Tag des Flüchtlings oder Weltflüchtlingstag wird seit dem Jahr 2001 am 20. Juni begangen. Zahlreiche zivilgesellschaftliche und staatliche Organisationen setzen an diesem Tag ein Zeichen der Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Die UNHCR veröffentlicht jährlich zu diesem Datum aktuelle Zahlen: So sind gegenwärtig über 80 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Zehn Millionen von ihnen mussten in diesem Jahr ihre Heimat verlassen. Schätzungen zu Folge sind darunter 30-40 Millionen Kinder und Jugendliche, von denen viele unbegleitet auf der Flucht sind. Anlässlich des Gedenktages stellte die EU-Kommission zwei Projekte vor, die in Spanien und Italien mithilfe der Erfassung von arbeitsmarktrelevanten Fähigkeiten die Erwerbsintegration Geflüchteter fördert. Verschiedene Menschenrechts- und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten die EU-Flüchtlingspolitik, eine militärisch unterstützte Abschottung der EU-Außengrenzen sowie menschenunwürdige Zustände in den Flüchtlingslagern nahe diesen Grenzen, z.B. auf den

griechischen Inseln. Die Covid-19-Pandemie war ein weiterer Anlass, auf die Lebensbedingungen in diesen Lagern aufmerksam zu machen und ihre Evakuierung zu fordern (s. [EuropaNews 03/2020](#)).

- [World Refugee Day: How the EU Skills Profile Tool is helping integration in the labour market](#) 
- [UNHCR Zahlen zu Flucht weltweit](#)
- [ProAsyl zur EU-Flüchtlingspolitik](#)

Berichte und Studien

EU-Kommission: Bericht über Umsetzbarkeit der EU-Kindergarantie

Die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zur Prüfung der Umsetzbarkeit ihrer geplanten EU-Kindergarantie ist abgeschlossen und deren Ergebnisse in einem Endbericht nun veröffentlicht. Nachdem im Januar dieses Jahres ein Zwischenbericht erschienen war, waren im Februar WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu einer Konferenz eingeladen, auf denen die vorläufigen Ergebnisse und ihre Implikationen für die politische Umsetzung diskutiert wurden (s. [EuropaNews 02/2020](#)). Der jetzt erschienene Abschlussbericht enthält detaillierte Darstellungen zu Kindern in verschiedenen benachteiligten Lebenslagen, die als Zielgruppen der geplanten Strategie definiert werden. Dazu zählen Kinder, die in Betreuungseinrichtungen leben, Kinder mit Behinderungen, Kinder mit Migrations- oder Fluchtbiografie sowie Kinder in prekären Familiensituationen. Zudem werden die grundlegenden Teilhaberechte Wohnen, Gesundheitsversorgung, Ernährung, Betreuung und Bildung und betreffende Problemlagen sowie die Versorgung der definierten Zielgruppen von Kindern dargestellt. Die Hauptergebnisse sind, dass politisch ein stärkerer Fokus auf Armut und soziale Exklusion bei Kindern gelegt werden muss und dafür mehr und stetige Investitionen sowie genaue Kenntnis über Problemlagen notwendig sind.

- [Info-Seite der EU-Kommission zur Kindergarantie mit Link zum Download des Berichts](#) 

EAPN: Positionspapier zu angemessenem Einkommen

Das European Anti Poverty Network (EAPN) hat ein Positionspapier zu angemessenen Einkommen veröffentlicht. Mit umfassender Aufklärung zu angemessenen Mindesteinkommen als Teil der sozialen Sicherung und ausreichenden Mindestlöhnen will die Organisation die EU-weite Armutsbekämpfung voranbringen. Im Papier wird einleitend darauf verwiesen, dass die bestehenden Mindesteinkommen und -löhne Betroffene nicht zur gesellschaftlichen Teilhabe alle BürgerInnen ausreichen: Sie förderten im Gegenteil Isolation und Stigmatisierung, die wiederum zum Kreislauf von Armut und sozialer Schließung beitragen. Gefordert werden ein Mindestlohn von 60% des jeweiligen nationalen Medianeinkommens. Bei beginnender Arbeitslosigkeit oder dem Wechsel vom Bezug einer Leistung zu einer anderen sollten die Zahlungen lückenlos geleistet werden, um die Verschuldung ohnehin Einkommensschwacher zu verhindern. Ein angemessenes Mindesteinkommen müsste außerdem unabhängig von Erfolgen bei der Arbeitssuche garantiert werden. EAPN verweist darauf, dass die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte die Überwindung von Armut in der EU erfordert.

- [EAPN Position Paper on Adequate Income](#)  
- [The European Anti Poverty Network](#) 

EU-Kommission: Bericht über demografischen Wandel

Die EU-Kommission hat ihren ersten Bericht zum demografischen Wandel in der EU und seinen Auswirkungen veröffentlicht. Darin werden Entwicklungen dargestellt, die in der Tendenz in allen europäischen Gesellschaften zu verzeichnen sind. Dazu zählen höhere Lebenserwartungen, niedrigere Geburtenraten, alternde Gesellschaften, eine wachsende Anzahl kleinerer Haushalte und die Verstädterung. Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung sei insgesamt rückläufig und werde nach den angewandten Schätzungsmodellen im Jahr 2070 nur noch 4 Prozent betragen. Die Herausforderungen durch den demografischen Wandel werden zudem nach Regionen differenziert: So sind ländliche und städtische Regionen mit unterschiedlichen Auswirkungen konfrontiert. Während in ländlichen Regionen vor allem die Sicherung notwendiger Infrastrukturen eine Herausforderung bildet, müsse in Großstädten die Versorgung mit ausreichend Wohnraum und die Wahrung des sozialen Zusammenhalts bewältigt werden.



- [European Commission Report on the impact of Demographic Change](#)  

EU-Kommission: Bericht über die FEAD-Implementierung in 2018

Der Bericht über die Implementierung der Europäischen Hilfen für die am stärksten Benachteiligten (Fund for European Aid to the Most Deprived, FEAD) für das Jahr 2018 ist erschienen. Er wurde auf Grundlage der Berichte aus den Mitgliedstaaten erstellt, in denen Partnerorganisationen die Hilfsprogramme durchführen. Im Jahr 2018 haben insgesamt über 13 Millionen Menschen in der EU die Hilfen des Programms erhalten. Den Großteil bildeten dabei die über 12 Millionen EmpfängerInnen von Nahrungsmittelhilfen. Weitere rund eine Millionen Menschen erhielten materielle Unterstützung mit Gütern des täglichen Bedarfs und knapp 40.000 Menschen Services zur sozialen Unterstützung. Wie auch in den vergangenen Berichtsjahren bildeten Kinder mit 29% eine große Gruppe der EmpfängerInnen. Die Unterstützungsformen von Kindern wurden in den Mitgliedstaaten unterschiedlich gestaltet: Zum Beispiel erhielten in Tschechien armutsbetroffene Kinder die Nahrungsmittelhilfen in Form von subventionierten Schulmahlzeiten. In Kroatien erhalten Betroffene benötigte Lernmaterialien für die Schule und kostenfreies Schulessen. In Ungarn bekommen betroffene Familien mit Kindern Essenspakete und Güter des täglichen Bedarfs. In Zypern, Kroatien, Ungarn, Malta und Tschechien bildeten Kinder mit bis zu 92% den größten Anteil der EmpfängerInnen.

Population Europe: Kurzbericht zu Demographie und Covid-19

Der aktuelle Policy Brief von Population Europe beschäftigt sich mit den demografischen Dimensionen von Covid-19 in Europa. Darin wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Pandemie die Bedeutung sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit ans Licht gebracht hat. Die aktuell wichtigste Aufgabe demografischer Forschung sei es daher, die Dynamik der Pandemie in verschiedenen Gesellschaften mit Blick auf die Verbreitung und Sterblichkeit in verschiedenen Regionen und Bevölkerungsgruppen aufzuklären. Dabei sollten Analysen nicht nur übliche Variablen zur Gesundheit, sondern auch zur Zusammensetzung von Haushalten, Mobilität und anderen individuellen Faktoren einbeziehen. Um in zukünftigen Krisen zügig faktenbasiert politisch handeln zu können, wird ein langfristiges Monitoring-System zur öffentlichen Gesundheit vorgeschlagen.

- [Population Europe: Demography and the Coronavirus Pandemic](#) 
- [Aktuelle Publikationen und Empfehlungen von Population Europe](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
15. -16. Jun. 2020 Online	Eurochild General Assembly and Members' Day	Eurochild
14. Juli 2020 Online	EAPN Online Policy Conference How to ensure the poor don't pay for Covid-19 – From short-term response to an effective rights-based integrated antipoverty strategy	EAPN
31. Aug.- 3. Sept. 2020 Zürich, Schweiz	16. Internationale Konferenz der EUSARF (European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents)	EUSARF
29. Sept. 2020 Berlin, Deutschland	Joint seminar by AGF and COFACE Families Europe on: "Child guarantee"	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020 Berlin, Deutschland	Annual ICCFR Seminar	AGF, ICCFR
25.-27. Nov 2020 Mannheim	European Social Economy Summit 2020	Europ. Kommission, Stadt Mannheim

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

